

Kämpfer, Kristina

Das freiheitliche Bildungsideal

Altmiks, Peter [Hrsg.]; Klotchkov, Kathleen [Hrsg.]: *Bildung für Alle. Bildungsvielfalt im Ideenwettbewerb.* Frankfurt, M. : Lang 2015, S. 11-19



Quellenangabe/ Reference:

Kämpfer, Kristina: Das freiheitliche Bildungsideal - In: Altmiks, Peter [Hrsg.]; Klotchkov, Kathleen [Hrsg.]: *Bildung für Alle. Bildungsvielfalt im Ideenwettbewerb.* Frankfurt, M. : Lang 2015, S. 11-19 -
URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-128585 - DOI: 10.25656/01:12858

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-128585>

<https://doi.org/10.25656/01:12858>

in Kooperation mit / in cooperation with:



PETER LANG

INTERNATIONALER VERLAG DER WISSENSCHAFTEN

<http://www.peterlang.com>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der:


Leibniz-Gemeinschaft

Peter Altmiks/Kathleen Klotchkov (Hrsg.)

Bildung für Alle

Bildungsvielfalt im Ideenwettbewerb



PETER LANG
EDITION

Peter Altmiks / Kathleen Klotchkov (Hrsg.)

Bildung für Alle

Die herausragende Bedeutung von Bildung für die Entwicklung, die Zukunftschancen und den Wohlstand einer Gesellschaft sind hinlänglich bekannt. Dieses Buch beschäftigt sich mit Geist- und Geldfragen sowie einem passenden Ordnungsrahmen für hervorragende Bildung: Was ist Bildung und was ist ein freiheitliches Bildungsideal? Wie kann ein solches umgesetzt und finanziert werden? Die Instrumente staatlicher Bildungspolitik sowie die zunehmende Vereinheitlichung und Egalisierung werden dabei hinterfragt. Es werden Ideen präsentiert, wie Bildung fair, nachhaltig und effektiv angeboten und finanziert werden kann.

Zentral ist die Förderung individueller Fähigkeiten. Das Bildungswesen muss Menschen mit unterschiedlichen Begabungen ein vielfältiges Angebot machen.

Die Herausgeber

Peter Altmiks ist Referent für Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Soziales und Bildung im Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF). Kathleen Klotchkov ist Referatsleiterin in der Begabtenförderung der FNF und betreut die Promovierenden sowie ausländischen Stipendiaten.

Bildung für Alle

Peter Altmiks / Kathleen Klotchkov (Hrsg.)

Bildung für Alle

Bildungsvielfalt im Ideenwettbewerb



PETER LANG
EDITION

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung:
Begabtenförderung Friedrich-Naumann-Stiftung für die
Freiheit, aufgenommen von Tina Merkau

ISBN 978-3-631-66202-1 (Print)
E-ISBN 978-3-653-05165-0 (E-Book)
DOI 10.3726/ 978-3-653-05165-0

© Peter Lang GmbH
Internationaler Verlag der Wissenschaften
Frankfurt am Main 2015
Alle Rechte vorbehalten.
Peter Lang Edition ist ein Imprint der Peter Lang GmbH.

Peter Lang – Frankfurt am Main · Bern · Bruxelles ·
New York · Oxford · Warszawa · Wien

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Diese Publikation wurde begutachtet.

www.peterlang.com

Kristina Kämpfer

Das freiheitliche Bildungsideal¹

1. Was verstehen Liberale unter Bildung?

Da Liberale in der Tradition der Aufklärung stehen, wird unter Bildung mehr als nur die Aneignung von Fähigkeiten und Wissen verstanden. Bildung ist ein lebenslanger Prozess. Bildung beinhaltet einen Moment der Emanzipation. Sie ist somit „notwendig, um die grundlegenden Ziele des Liberalismus zu erreichen“². Bildung befähigt die Bürger zu Mündigkeit und ermöglicht ihnen politische, soziale und wirtschaftliche Teilhabe. Wenngleich diesem Leitgedanken liberaler Bildungspolitik in der Theorie schwer etwas entgegenzusetzen ist, so stößt er in der Realität oftmals an seine Grenzen. Denn ein in Deutschland bestehendes Problem ist die soziale Durchlässigkeit, d.h. die Abhängigkeit des Bildungswegs der Kinder vom Bildungsstand ihrer Eltern. Wie schon Ralf Dahrendorf feststellte:

„Rechtliche Chancengleichheit bleibt ja eine Fiktion, wenn Menschen auf Grund ihrer sozialen Verflechtungen und Verpflichtungen nicht in der Lage sind, von ihren Rechten Gebrauch zu machen. Wer seine Kinder zwar auf die höhere Schule schicken darf, aber durch den Kenntnis- und Wunschhorizont seiner sozialen Lage – als Katholik etwa, oder als Arbeiter, als Dorfbewohner – gar nicht auf den Gedanken kommt, dies auch zu tun, ist ein sehr abstrakter Staatsbürger, ein Staatsbürger der Theorie, doch nicht der Realität.“³

Der Bildungserfolg ist somit eng mit einem Zugang zu Bildung, in Form von Selektion oder Inklusion, zu verknüpfen. In diesem Zusammenhang wird dann auch wieder deutlich, welche Rolle der Staat einzunehmen hat und was nicht in seinen Tätigkeitsbereich fällt, wie aktiv oder passiv er sich also zu verhalten hat. Statt von einer Gleichmacherei ist von der Gewährung fairer Chancen die Rede. Die Durchlässigkeit des Bildungssystems ist ein großes Anliegen liberaler Politik, weshalb die frühe Förderung und Forderung als erste und entscheidende Investition gesehen wird. Glücklicherweise können in Deutschland auch Verbesserungen der sozialen Durchlässigkeit empirisch festgestellt werden.⁴

1 Bei diesem Text handelte es sich um einen geänderten Auszug aus: Kämpfer, 2014.

2 Melnik/Tamm, 2007, S. 7.

3 Ralf Dahrendorf nach Melnik/Tamm, 2007, S. 147.

4 Siegrist/Sternberg, 2011, S. 10.

Erfolgreiche Bildung hängt von vielen Faktoren ab – neben der individuellen Leistung spielen im frühkindlichen und Schulbereich die Lehrenden und deren Ausbildung, das Engagement von Lehrenden und Eltern sowie die Selbstständigkeit der Bildungsinstitutionen eine große Rolle. Diese Faktoren vermögen sogar entscheidender zu sein als das Schulsystem an sich. So formulieren die Karlsruher Freiheitsthesen:

„Gelingende Bildung ist keine Frage des Schulsystems, sondern eine Frage guter fachlicher und pädagogischer Qualifikation der Lehrenden, des Engagements der Lernenden und Eltern sowie der Freiheit der Schule, Wege und Methoden eigenverantwortlich zu wählen.“⁵

Da insbesondere der Schulbereich eine hohe Reformdichte aufweist, ist daher das Augenmerk neben den institutionellen Rahmenbedingungen auf die konkrete Ausgestaltung vor Ort in der Schule bzw. in der frühkindlichen Bildungseinrichtung zu legen. Was genau damit gemeint ist, wird an späterer Stelle in diesem Kapitel noch einmal aufgegriffen. Soweit ist jedoch für die politische Praxis festzuhalten: Bildung ist für Liberale ein lebenslanger Prozess, er soll zur Mündigkeit befähigen und stellt das Individuum sowie seine Förderung in den Mittelpunkt.

2. Bildung als Bürgerrecht und als Humankapital

In liberalen Theorien besitzt Bildung einen doppelten Stellenwert. Zum einen ist Bildung ein Bürgerrecht, so der bekannte Ausspruch des liberalen Soziologen Ralf Dahrendorf. Das bedeutet, dass jeder ein Anrecht auf Bildung und somit auf Chancengleichheit besitzt. Bildung ist „ein soziales Grundrecht aller Bürger“⁶ und fußt auf einer „aufgeklärte[n] Rationalität“⁷, welche durch eine aktive Bildungspolitik sicherzustellen ist. Dahrendorfs Ansatz scheint daher deutlich staatsbezogener als andere zu sein, wenngleich zu erwähnen ist, dass auch Dahrendorf in seiner Theorie auf wettbewerbliche Elemente baut. Auch verwahrt sich Dahrendorf gegen eine Anspruchsmentalität, die sich aus seinem Anrecht auf Bildung eventuell schließen ließe: „... mit welcher Selbstverständlichkeit diese mittelständischen jungen Leute erwarten, daß ihnen ihr zwanzigsemestriges Studium aus Steuergeldern finanziert wird. Woher nehmen die eigentlich das Recht?“⁸

Zum anderen steht der Gedanke von Bildung als *privates Gut* und als *Humankapital*. Verstanden wird Bildung hier als eine Investition in die Zukunft und

5 Freie Demokratische Partei, 2012, S. 52.

6 Ralf Dahrendorf nach Melnik/Tamm, 2007, S. 146.

7 Melnik/Tamm, 2007, S. 148.

8 Dahrendorf, 1997, S. 13.

entscheidende Komponente einer klugen Wirtschaftspolitik. Bildung als privates Gut nimmt nach Ansicht van Liths gegenüber anderen privaten Gütern eine Sonderstellung ein. So entsteht Bildung nur durch Mitwirkung, die Kosten und der Ertrag verhalten sich zeitlich asymmetrisch zueinander, da ein Gewinn (Bildung ist daher ein Investitionsgut) oft später eintritt. Zudem ist in der Bildung jeder Experte. Was also finanziell und zeitlich für Bildung aufzuwenden ist, ist eine subjektive Einschätzung, die variiert. Da zudem ein Großteil der Bildungsempfänger Minderjährige sind, können damit Vertretungs- und Agentenprobleme verbunden sein.⁹

Beide Ansätze – Bildung als Bürgerrecht und Bildung als privates Gut – schließen einander nicht aus. Sie so miteinander in Verbindung zu bringen, dass sie sich ergänzen und nicht ausschließen, ist in Abhängigkeit von den realen Umständen die Herausforderung liberaler Bildungspolitik.

3. Grundprinzipien

Da die Tradition der liberalen Theorien einen äußerst vielfältigen Charakter hat, wird nicht verwundern, dass auch die Zahl der liberalen Bildungskonzepte groß ist. Die Pluralität liberaler Bildungskonzeptionen konnte bereits vorab anhand der Ideen von Bildung als Bürgerrecht oder als Gut beobachtet werden.¹⁰ Dennoch können Gemeinsamkeiten herauskristallisiert werden. Die Freiheit des Einzelnen und die Ideale der Aufklärung sind die Grundprinzipien liberaler Bildungspolitik.¹¹ Dass sich in diesen das historische Erbe des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus widerspiegelt, ist nicht zu übersehen. Bildung ist dabei auch an die Vermittlung von Werten und Normen gebunden¹². Der Staat nimmt in dieser Vorstellung eine beschränkte, aber entscheidende Rolle ein

„[durch das] Schaffen verlässlicher gesetzlicher Rahmenbedingungen, in der Definition allgemeiner Standards und in der Sicherung des Zugangs zu Bildungseinrichtungen“ (Melnik/Tamm, 2007, S. 12).

Die Herstellung und Sicherung von Qualität und Vergleichbarkeit im Bildungswesen ist durch Transparenz und überprüfbare Standards zu garantieren.¹³

9 Vgl. van Lith, 2005, S. 10-12.

10 Für eine weiterführende und Übersicht stiftende Literatur ist hier das *Kleine Lesebuch der liberalen Bildungspolitik* aus dem Jahr 2007 von Stefan Melnik und Sascha Tamm, herausgegeben vom liberal Verlag, zu empfehlen.

11 Vgl. Melnik/Tamm, 2007, S. 198.

12 Karl-Heinz Hense nach Melnik/Tamm, 2007, S. 210 f.

13 Vgl. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, 2011, S. 22.

Bildung profitiert und lebt vom Engagement der Beteiligten. Geleitet vom Prinzip der Subsidiarität baut die Gestaltung des Lernens und Lehrens vor Ort auf die Beteiligung von allen Bürgern. Die dafür benötigten Freiräume möchte ihnen liberale Bildungspolitik einräumen.¹⁴

Da sich in den letzten Jahrzehnten durch die Entstehung neuer Medien wie dem Internet die Umwelt und Erfahrungswelt nachhaltig verändert hat, muss auch eine moderne Bildungspolitik dieser Entwicklung Rechnung tragen. So forderten die Stipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit in ihrem Grundsatzpapier „eine neue Lernkultur und bedarfsgerechte Bildungsangebote vom Kleinkind bis zum Rentner“¹⁵. Bildung muss auch insofern flexibel gedacht werden, als sie sich an gesellschaftliche und familiäre Veränderungen anzupassen hat. Dies bedeutet konkret: Aktuelle Herausforderungen, wie etwa der Umstand einer vielfältigen Gesellschaft oder eine steigende Anzahl allein-erziehender Eltern, müssen in unserer Idee von Bildung und Struktur unseres Bildungswesens einen Eingang finden.

Selbstständige und freie Bildungseinrichtungen sowie wettbewerbliche Elemente sind zentrale Bausteine eines Bildungssystems aus liberaler Sicht.

4. Rahmenbedingungen

Die Besonderheit der deutschen Bildungspolitik ist die Länderhoheit. Dies bedeutet, dass die Ausgestaltung der Bildung in den Händen der einzelnen Länder liegt – und somit zum Teil große Unterschiede hinsichtlich Struktur und Inhalt zwischen den einzelnen Bundesländern existieren. Damit diese Unterschiede nicht zu Lasten der Bildungsempfänger ausfallen, einheitliche Standards gewahrt und den Umständen vor Ort entsprochen werden kann, setzen einige Liberale auf die Idee eines Staatsvertrags, welcher den Rahmen eines wettbewerblichen und freiheitlichen Schulsystems setzen soll. Bereits in der Vergangenheit gab es erste Versuche in diese Richtung, wie etwa die Vorgabe der Kultusministerkonferenz, bis 2017 in vier Fächern deutschlandweit vergleichbare Abiturstandards zu gewährleisten.¹⁶ Ein weiteres Kernelement liberaler Bildungspolitik ist, neben wettbewerblichen Strukturen, die Vielfalt von Bildungseinrichtungen. Dazu gehören sowohl staatliche Anbieter als auch die Einrichtungen in freier

14 Vgl. Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, 2011, S. 21.

15 Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, 2011, S. 20.

16 Nachzulesen u.a. auf <http://www.km.bayern.de/allgemein/meldung/1569/kmk-gemeinsame-abiturstandards-in-vier-faechern-ab-2017-in-allen-bundeslaendern.html>, abgerufen am 10.06.2014.

Trägerschaft. Letztere bieten für deutlich geringere Schülerkosten pro Kopf¹⁷ eine zumeist höhere Bildungsqualität und innovative pädagogische Konzepte.

5. Frühkindliche Bildung

Zu den Rahmenbedingungen frühkindlicher Bildung zählen die Quantität und Flexibilität von Bildungseinrichtungen, die Ausbildung und Qualität des pädagogischen Personals, die Berücksichtigung der gesellschaftlichen Vielfalt sowie Finanzierungsfragen¹⁸, auf welche im Aufsatz von Mihael Duran in diesem Buch eingegangen wird. Die Quantität und Flexibilität frühkindlicher Bildungs- und Betreuungseinrichtungen beeinflussen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Aktuell gehen mangelnde Betreuungsmöglichkeiten sowie Teilzeitangebote zu Lasten von Frauen, was anhand der niedrigeren Erwerbstätigenquote von Frauen gegenüber Männern sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland deutlich wird. Der Bedarf einer engeren Verzahnung von Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik wird hier deutlich, da flexible Betreuungs- und Arbeitsangebote einander beeinflussen. Die hohe Rate nicht-erwerbstätiger Mütter beeinträchtigt außerdem die Einkommenssituation der Kinder.¹⁹ Selbstverständlich haben auch andere Faktoren, wie die Geschlechtereinkommenslücke und der damit verbundene Besserverdienst von Männern sowie Vorurteile gegenüber einer institutionellen Betreuung und Bildung des eigenen Kindes einen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit von Frauen. Anknüpfend an den letzten Punkt wird aber erneut deutlich, welche große Bedeutung der Qualitätssicherung und -transparenz zukommt. Die Qualität der Einrichtungen und des pädagogischen Personals können durch Transparenz und Wettbewerb verstärkt werden. Zusätzlich zu den Rahmenplänen der einzelnen Bundesländer wären daher freiwillige Zertifizierungsmaßnahmen und Standards wie Gütesiegel hilfreich. Auch eine Supervision und Weiterbildung sowie die Einbindung verschiedener Lern- und Lehrmethoden verbessern die Qualität. Zugleich sollten Einrichtungen der frühkindlichen Bildung nicht in einem übermäßigen Maße verschult, sondern den Kindern als Ort zum Miteinander und Spielen aufrechterhalten werden. Durch strukturelle Verbesserungen, wie die Erhöhung der Betreuungskapazitäten, und eine Profilierung von Einrichtungen werden sich im Wettbewerb der Einrichtungen untereinander Verbesserungen in der Betreuung und Bildung ergeben. Die Anhebung von Ausbildung und Status des pädagogischen Personals ist ein

¹⁷ Klein, 2011, S. 13.

¹⁸ Vgl. Karnatz, 2007.

¹⁹ Vgl. Karnatz, 2008, S. 51.

weiteres – und in den meisten Fällen sogar entscheidendes – Qualitätsmerkmal. In den letzten Jahren sind die Anforderungen an das pädagogische Personal konstant gestiegen, in der Bildung und Betreuung der Kinder kommt ihm eine immer größere Rolle zu. Anknüpfend an das neue Erzieherbild von „Lernen, Bildung und Betreuung“²⁰ ist es daher bemerkenswert, dass Deutschland eines der wenigen Länder in der Europäischen Union ist, dessen Erzieherinnen nicht akademisch ausgebildet werden. Eine Akademisierung des pädagogischen Berufs sowie dessen ganzheitliche Ausbildung (Sprachen und Kulturkompetenzen, Fachwissen und Fertigkeiten für entwicklungsgestörte und entwicklungsverzögerte Kinder, Anreize zur Selbstreflexion und -evaluation) und konstante Fort- und Weiterbildung müssen klarer strukturiert und zur Pflicht gemacht werden. Zusätzlich ist eine Qualifizierung des Führungspersonals nötig. Um der Vielfalt moderner Gesellschaft gerecht zu werden und diese zu fördern, ist es notwendig, dass Benachteiligung abgefedert wird, Kinder individuell gefördert werden und das soziale Umfeld stärker unterstützt wird. Dabei ist auf die Vermittlung interkultureller Kompetenzen, wie etwa größere Toleranz, Wert zu legen.

6. Schulbildung

Wie auch in der frühkindlichen Betreuung und Bildung spielen im Schulbereich die Qualität und Quantität der Bildungseinrichtungen, um der gesellschaftlichen Vielfalt gerecht zu werden, sowie die Lehrer und deren Ausbildung eine entscheidende Rolle. Darüber hinaus sind jedoch auch Faktoren wie institutionelle Verantwortung sowie entwicklungspsychologische und kognitive Aspekte von Bedeutung. Die Kernkompetenz von Schule ist die Bildung und Erziehung der Schüler zu mündigen Bürgern²¹. Ungleichheiten hinsichtlich auf Bildungschancen sind abzubauen, Fähigkeiten und Begabungen zu fördern. Während der Staat die Ziele und Kompetenzen einer solchen Entwicklung festlegen kann, ist die Detailplanung den Schulen vor Ort zu überlassen. Die Abschaffung der Lehrpläne und deren Ersatz durch Lernziele in Form von Mindeststandards ist daher ein Anliegen liberaler Bildungspolitik.²²

Um Bildung und Erziehung in der Schule zu fördern, müssen verschiedene Rahmenbedingungen beachtet werden. Entscheidendes Element ist die Eigenverantwortung und Freiheit aller Bildungsakteure, auch der Schulen. Eine eigenverantwortliche Schule baut auf Entscheidungskompetenz, sodass

20 Karnatz, 2007, S. 11.

21 Vgl. Wiegert, 2006, S. 8.

22 Vgl. Wiegert, 2006, S. 19.

Schulleitungen frei über pädagogische Konzepte und Didaktik sowie Budget und Personal entscheiden können. Gebunden an diese Verantwortung ist die Sicherung von Qualität durch externe Evaluation und schulinterne Verbindlichkeit.²³ Die bevormundenden Schulämter sind aufzulösen und durch qualitätssichernde und -gewährleistende Service-Institutionen zu ersetzen. Diese Dezentralisierung soll den Schulen mehr Spielraum eröffnen, um sich einerseits im Wettbewerb mit anderen zu profilieren und andererseits auf die spezifischen Bedingungen vor Ort zu reagieren. Bewertungs- und Beurteilungssysteme sind so zu gestalten, dass Schüler zu Leistung motiviert werden und ihre Entwicklung dadurch ersichtlich wird.²⁴

Ein an entwicklungspsychologischen Aspekten ausgerichtetes Bildungssystem sollte außerdem pädagogische Entscheidungen über die Länge des gemeinsamen Lernens in die Hände der Pädagogen und nicht in die der Politik legen, was durch eine Aufstockung des Personals für einen zusätzlichen Förderbedarf möglich wäre.²⁵ Mehr Zeit, mehr Personal und eine bessere Ausstattung sind essentiell, um eine individuelle Förderung und Forderung zu ermöglichen.

„Lehrer sind der Schlüssel für mehr Bildungsqualität und Chancengerechtigkeit“²⁶, schrieben die Stipendiaten der Naumann-Stiftung in ihrem Grundsatzpapier 2011. Der Lehrerausbildung und ihrer Modernisierung obliegt daher eine besondere Bedeutung. Kernelement muss hier eine stärker praxisorientierte Ausbildung im pädagogischen und didaktischen Bereich sowie eine bessere Auswahl geeigneter Studierender sein.

7. Hochschulbildung

Libérale Hochschulpolitik ist von den zentralen Prinzipien der Freiheit, der Hochschulautonomie und des Wettbewerbs geleitet. Freiheit für Studierende, Lehrende und für die Institution der Hochschule, weil nur mit Raum für Gestaltung und Forschung eine Wissensreflektion und -produktion möglich ist. Hochschulautonomie, um Hochschulen selbst den Raum zum Handeln und Reagieren auf lokale Umstände zu ermöglichen. Und Wettbewerb, weil dieser sowohl zur Verbesserung der Qualität als auch zur Angebotsvielfalt für die Studierenden beiträgt. Die föderale Struktur bildet hierfür den Rahmen. Fragen über Bundes- und Länderzuständigkeit müssen in der politischen Diskussion verhandelt sowie

23 Vgl. Wiegert, 2006, S. 18.

24 Vgl. Wiegert, 2006, S. 18.

25 Vgl. Wiegert, 2006, S. 11.

26 Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, 2011, S. 22.

überprüft werden, wie die außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die Exzellenzinitiative und der Qualitätspakt Lehre zeigen.

Die tiefgreifende Strukturreform, welche von der Umstellung der ehemaligen Diplom- und Masterstudiengänge auf die im angloamerikanischen Raum etablierten Bachelor- und Masterprogramme ausging, prägt bis heute die deutsche Hochschullandschaft. Ziele der Bologna-Prozess²⁷ primär auf eine europäische Vereinheitlichung und Vergleichbarkeit, welche durch die verkürzte Studiedauer, die gestufte Studienstruktur und qualitäts- sowie transparenzsichernde Maßnahmen gewährleistet werden sollte, so stand von Beginn an vor allem der Fokus auf Arbeitsmarktbefähigung sowohl von studentischer als auch von universitärer Seite in der Kritik. Ein entscheidendes Augenmerk muss hier auf eine möglichst freiheitliche und individuelle Ausgestaltungsmöglichkeit des Studiums vor Ort gelegt werden, da auch an dieser Stelle das Subsidiaritätsprinzip zu greifen hat und von überregulierenden und detaillierten Vorgaben auf nationaler sowie internationaler Ebene abzusehen ist. Hier besteht noch immer ein großer Verbesserungsbedarf. Flexibilität und Pluralität ermöglichen ein individuelles und qualitativ hochwertiges Studium. Besonders beim Übergang zum Master ist auf die Gewährleistung von Chancengerechtigkeit statt auf übermäßige und zweckfremde Regulierung Wert zu legen. Eine große Baustelle ist in Deutschland weiterhin die Förderung des akademischen Nachwuchses, die Situation des akademischen Mittelbaus und insbesondere die Struktur und Finanzierung der Promotion. Verbesserungen hinsichtlich Status und Bezahlung sowie klare Regelungen sind längst überfällig, weshalb sich eine liberale Politik diesem Problem offensiv und lösungsorientiert widmen muss. Hochschul- wie auch Studienfinanzierung sind insofern miteinander zu verzahnen, als Qualität und Chancengleichheit gewährt sind. Modelle wie nachgelagerte Studienentgelte sind wie ein eltern-, einkommens- und vermögensunabhängiges Bafög zu prüfen.

Weiterhin sind Bemühungen nötig, um sowohl Forschung als auch Lehre auf einem qualitativ hochwertigen Niveau zu sichern. Die Exzellenzinitiative bietet hierfür ein Beispiel im Bereich Forschung, über deren Nachfolge wie auch eine angemessene Finanzierung der Lehre sich liberale Politik kümmern muss. Zentral an liberaler Hochschulpolitik ist nicht zuletzt das Engagement der Beteiligten. Daher darf die akademische sowie studentische Selbstverwaltung, die

27 Sein Name erklärt sich aus der am 19. Juni 1999 unterzeichneten Bologna-Erklärung, welche die Schaffung eines Europäischen Hochschulraums unter den 47 Mitgliedsstaaten zum Ziel hatte.

sich mit und durch die Bologna-Reform auch verändert, nicht vernachlässigt werden. Forderungen wie eine Drittelparität²⁸ könnten diskutiert werden.

Literatur

Dahrendorf, Ralf (1997), Die Anti-Führungs-Gesellschaft. Interview in: Deutsche Universitätszeitung 3/1997, S. 12-13.

Freie Demokratische Partei (2012), Verantwortung für die Freiheit. Karlsruher Freiheitsthesen der FDP für eine offene Bürgergesellschaft, Berlin.

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (Hrsg., 2011), Zukunft ist Emanzipation. Impulse für eine liberale Grundsatzdebatte. Dokumentation. Ergebnisse aus den Zukunftswerkstätten der AG Grundsatz der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Potsdam.

Kämpfer, Kristina (2014), Bildungspolitik in Brandenburg, Berlin: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Karnatz, Elisabeth (2007), Die Zukunft frühkindlicher Bildung. Eigenverantwortung, differenzierte Qualifizierung, Evaluation, Potsdam: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Karnatz, Elisabeth (2008), Internationale Lösungsansätze in der frühkindlichen Bildung, Berlin: liberal Verlag.

Klein, Helmut E. (2011), Privatschulfinanzierung im Kalkül staatlicher Unterfinanzierung und der Wettbewerbsbeschränkung, in: IW-Trends 2/2011.

Melnik, Stefan/Tamm, Sascha (2007), Kleines Lesebuch der liberalen Bildungspolitik, Berlin: liberal Verlag.

Siegrist, Valerie/Sternberg, René (Hrsg., 2011), Soziale Ungleichheit im deutschen Schulwesen, Berlin: Comdok.

Van Lith, Ulrich (2005), Die Ordnung des Bildungswesens. Problemzonen seiner ordnungsökonomischen Gestaltung, Berlin: liberal Verlag.

Wiegert, Nils (2006), Die Zukunft der Schule. Eigenverantwortung – Transparenz – Externe Evaluation, Potsdam: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

28 Ein beispielhaftes Modell schlägt etwa der Bundesverband Liberaler Hochschulgruppen vor: http://www.liberales-hochschulgruppen.de/images/stories/Beschluesse/35Leipzig/Drittelparitaet_ermoeglichen.pdf, abgerufen am 10.06.2014.